

.) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Ministerin Brusis.

Meine Damen und Herren, auch zu diesem Themenkomplex "Sport" liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, so daß wir damit die drei Bereiche Stadtentwicklung, Kultur und Sport abgehandelt haben. Ich schließe deshalb die Beratung insgesamt.

Wir **stimmen ab**, und zwar über den **Einzelplan 15 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/2615**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2614.

3.) Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile dem Kollegen Zellnig für die CDU-Fraktion das Wort.

Siegfried Zellnig (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind für Regierung und Opposition die wichtigsten Beratungen des Jahres. Im Gegensatz zur Beratung von Detailproblemen steht die gesamte Politik des jeweiligen Fachbereichs auf dem Prüfstand, nicht nur in der Fragestellung, wie das kommende Jahr gestaltet werden soll, sondern auch in der Fragestellung, ob aus dem zurückliegenden Jahresergebnis die richtigen Folgerungen gezogen werden, aber auch in der Fragestellung, welche Perspektiven denn über das kommende Jahr hinaus zu erwarten sind.

In diesem Jahr haben wir noch einen besonderen Tatbestand, nämlich den, daß zweieinhalb Jahre einer Legislaturperiode zu Ende gehen, so daß auch gefragt werden muß, wie denn etwa eine Zwischenbilanz aussieht, wenn es eine Zwischenbilanz sein sollte und nicht möglicherweise schon eine Endbilanz.

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Oh!)

Meine Damen und Herren! Ich danke, in der vorweihnachtlichen Zeit ist es vielleicht die einzige Stelle, an der man im Plenum einmal über die reine Bewertung von Zahlen und Fakten hinaus auch ein Stimmungsbild, auch ein eigenes Stimmungsbild, wiedergeben darf. Ich will das tun. (C)

(Gerd-Peter Wolf [SPD]: Da haben wir die Misere!)

Zur Zeit der Ministerin Brusis habe ich einige Male gesagt, ohne daß ich mit der Wohnungsbaupolitik des Vorgängers Zöpel einverstanden gewesen wäre: "Wäre doch der Zöpel wieder da! Ich glaube, er würde dies oder jenes verhindert haben, was in der Zeit von Frau Brusis passiert ist." Heute - und das ist die Stimmung - muß ich mit einer gewissen Resignation sagen: Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß ich an manchen Stellen wiederum Frau Brusis in das Amt der Wohnungsbauministerin gewünscht hätte, wenn ich an das denke - und das will ich an einigen Stellen belegen -, was Minister Vesper, gemessen an der Erwartungshaltung, die mit ihm verbunden war, an praktischer Politik getrieben hat.

Was ist eigentlich geworden? Minister Vesper versprach zu Beginn seiner Tätigkeit, eine ideologiefreie und sachbezogene Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Meine Damen und Herren, ich will Ihnen Kostproben aus dieser Zeit geben. (D)

Am Anfang stand die Behandlung der Bauordnung. Ich will in Erinnerung rufen: Es gab eine große Demonstration vor unserem Landtag. Gemeinsam mit der damaligen Sprecherin der GRÜNEN, Frau Nacken, haben wir die damalige Bauordnung, wie sie im Entwurf vorlag, abgelehnt, weil die Zielsetzung dieses Entwurfs, nämlich das Bauen besser, einfacher, schneller, billiger zu machen, nicht erfüllt war. Das meinten die GRÜNEN, das meinte auch die SPD, und das meinte auch die F.D.P.

Deshalb haben wir - als Minister Vesper seine Tätigkeit begann - den Versuch gemacht und gesagt: Laßt uns doch die Bauordnung noch einmal aussetzen, vernünftig darüber sprechen, damit ein vernünftiges Ergebnis dabei herauskommt.

Wir waren sehr verwundert - ich will das doch mal sagen - und eigentlich auch betroffen, als der Minister dann sagte: Ja, was vor der Landtagswahl gewesen ist, das ist gewesen. Ich schaue jetzt nur noch vorwärts, also nach vorne. Jetzt wollen wir die Bauordnung testen.

(Siegfried Zellnig [CDU])

- (A) Das tun wir ja nun jetzt schon knapp drei Jahre. Wir sind schon gespannt - wenn sie denn jetzt auf den Prüfstand kommt -, ob denn diese Zielrichtung: besser, einfacher, schneller kommen wird. Eine Prognose von mir wird sein: Es ist vielleicht besser, überhaupt keine Novelle zu machen, wenn ich sehe, was in der grünen Folterkammer im Wege eines Gutachtens noch an ökologischer Befrachtung der Bauordnung möglich ist. Dann sage ich nur: Laßt es besser so, wie es ist. Es ist nicht gut, aber es ist noch besser, als etwas Neues zu machen.

Wir mahnen seit Jahren die Neugestaltung des Baunebenrechts an. Bis jetzt Sendepause im Ministerium.

Ich will mich dem Wohnungsbauprogramm zuwenden. Zunächst war ja verständlich, daß ein neuer Minister nicht sofort große Veränderungen bringt. Aber daß Jahr für Jahr - auch im kommenden Jahr wird dies mit Sicherheit zu erwarten sein - der Schwerpunkt nach wie vor im ersten Förderweg liegt, daß die Gewichtung zwischen Eigentum und Mietwohnungsbau so bleibt, wie sie schon vor zehn Jahren gewesen ist - da war sie auch schon falsch, was dann zu einer schlechten Eigentumsquote hier in Nordrhein-Westfalen wesentlich mitgeführt hat -, daß das alles so bleibt, ist wahnsinnig enttäuschend.

(B)

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen - weil ich das bei der Bauordnung auch bewußt getan habe und auch tue -, was vor der Wahl gesagt worden ist und was dann nachher gehandhabt worden ist. Es gab auch mal einen Fall hier im Landtag, wo wir hinsichtlich der Höhe des Programms gesagt haben: Das Land stellt die Summe X zur Verfügung. Dann ist hier noch vollmundig auch von Herrn Wolf gesagt worden: Für jede Mark, die aus dem Bund kommt, legen wir eine Mark dazu. Die GRÜNEN und auch wir wollten schon einmal mehr dazutun, als das Land denn überhaupt gibt.

In diesem Jahr - jedenfalls im Entwurf - haben wir erstmalig den Tatbestand: der Bund gibt 238 Millionen DM, das Land 180 Millionen DM. Jetzt frage ich einmal: Wo bleiben denn die anderen Markbeträge, die zugesagt worden sind? Wieso bleibt man denn jetzt darunter, wenn man schon einmal darübergangen wollte? Das hat auch so ein bißchen mit Glaubwürdigkeit in der Sache zu tun. Vielleicht hat es auch damit zu tun, daß man sich vom Finanzminister - nicht nur in diesem Bereich - über den Tisch ziehen läßt.

Ich will im übrigen hinzufügen: Wer die Struktur des Wohnungsbauprogrammes vom Finanzvolumen her betrachtet, der muß einräumen: Der allergrößte Betrag kommt weder aus dem Landeshaushalt noch aus dem Bundeshaushalt, sondern er kommt aus dem Landeswohnungsbauvermögen. Daß das Landeswohnungsbauvermögen gut gespeist wird, dazu hat Herr Vesper auch eine einmalige Aktion auf den Weg gebracht, nämlich die Höherverzinsung der öffentlichen Darlehen auf fast sechs Prozent. Davon hat er sich große Einnahmen erwartet, damit nicht ein höherer Saldo hier im Haushalt des Landes entstehen kann.

Ich sage dazu: Im Bereich Wohnungsbau, was das Wohnungsbauprogramm anbetrifft, sehe ich keine Veränderungen, eher Verschlechterungen gegenüber Ministerin Brusi. Zum Bereich der Bauordnung habe ich mich geäußert.

Ich will jetzt einige Anmerkungen dazu machen, weshalb ich meine, daß der wahre Preistreiber in unserem Lande - was die Miet- und Nebenkosten anbetrifft - dieser Minister ist. Ich habe erwähnt, daß es eine Anhebung der Zinsen gegeben hat. Fast 600 000 Haushalte in diesem Land sind von stellenweiser exorbitanter Mietanhebung betroffen, bis zu 1,50 DM pro Quadratmeter. Die Belastung von Eigenheimern, die im sozialen Wohnungsbau gebaut haben, ging bis zu 300 DM monatlicher zusätzlicher Belastung, was natürlich einen großen Härtefall darstellt.

Im Zusammenhang mit diesem Programm haben wir darauf hingewiesen, daß Unternehmen den Tatbestand der Anhebung der Zinsen zur Veranlassung nehmen werden, Beträge abzulösen. Das haben die Unternehmen auch getan. Die Folge der Ablösung dieser Beträge wird sein, daß in zehn Jahren Bindungen entfallen. Manchmal versteht man die Politik nicht. Manchmal fragt man sich, wer hier solche Ratschläge gibt, um es einmal vorsichtig, mit der Würde des Hauses vereinbar, darzustellen. Wenn der Minister sehenden Auges die Ablösung von Beträgen mit dem Wegfall von Bindungen zuläßt und gleichzeitig aber wieder ein neues Programm auflegt, das den Ankauf von Bindungen zum Inhalt hat, dann kann man fast niemandem die wirtschaftliche Logik dieses Geschehens klarmachen. Bei mir gelingt dies nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Der Härteausgleich ist stufenweise abgebaut worden. Mehrkosten sind damit verbunden.

(C)

(D)

(Siegfried Zellnig [CDU])

- 1) Auch ein Ausblick auf das, was dann noch möglicherweise - ich sage das immer - an Folterwerkzeugen im Wohnungsbauministerium noch vorhanden ist, sagt mir, daß hier ein Minister unterwegs ist, der große Mehrkosten verursacht. Ich will Ihnen dazu nur eine Kostprobe geben. Wenn es dazu kommen sollte, daß Wasserzähler im Bestand von Altbauwohnungen verbindlich vorgeschrieben werden, und wenn es dazu kommen sollte, daß in diesen Altbauwohnungen auch noch vorgeschrieben wird, daß sparsame Mischbatterien eingefügt werden sollen, dann ist das zwar eine lobenswerte Absicht; das will ich ausdrücklich sagen. Man muß nur wissen, daß das Riesenkosten verursacht und daß die Kosten von irgendwem getragen werden müssen. Das ist ja in der Regel zunächst einmal der Investor. Aber den Mieter erreicht das auch.

Mein Vorwurf insgesamt im Bereich des Wirtschaftens von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lautet: Es werden hier immer Rieseninvestitionen getätigt. Kein Mensch fragt danach, wie es verzinst wird und wer das denn alles aufbringen soll. Das ist mein eigentlicher Einwand. Deshalb ist das Etikett, das ich Ihnen ankleben will: Sie sind ein wahrer Preistreiber in diesem Land.

- 3) Ich will - da ich nur noch eine Minute Redezeit habe - es auch noch mit einem Etikett versehen. In der großen politischen Bewertung teilt man ja Ihre Fraktion in Realos und Fundis ein. Ich habe immer gefunden, daß Sie als ein Realo eingestuft worden sind. Ich habe alle Veranlassung, hier meiner Fraktion jetzt zu sagen - wenn ich das ganze Teufelswerk sehe, das Sie noch zur Gestaltung der Bauordnung in Ihrem Laden haben -: Dieser Mann ist kein Realo, das ist wirklich ein Fundi. Wir müssen also in höchstem Maße aufpassen, daß die Politik nicht noch schlimmer gestaltet wird, als sie in der Sache schon ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich will abschließend sagen: Zur Halbzeit ist die Bilanz der Koalition völlig negativ. Beim Wohnungsbauprogramm hat sich nichts Entscheidendes geändert; die Belastung der Mieter ist dafür in diesem Land entscheidend gewachsen; es sind keine positiven Akzente gesetzt worden; Investoren sind verunsichert. Und ich wiederhole: Das, was Sie an Neugestaltung vorhaben, ist für das Baugeschehen nicht positiv, sondern negativ. Und weil Sie den Haushalt nach diesen Kriterien,

die wir nicht mittragen können, gestalten, lehnen wir diesen Haushalt ab. (C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Zellnig. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Wolf.

Gerd-Peter Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zellnig, wenn das für die Opposition heute hier eine wichtige Debatte ist, dann ist allerdings das schlappe Interesse, das Ihre Kollegen Ihrem Beitrag entgegengebracht haben, und der wenig zündende Vortrag Ihrerseits kein Beweis für diese Wichtigkeit.

(Lothar Hegemann [CDU]: Aber jetzt kommt einer?!)

- Jetzt kommt einer! Ich möchte die adventliche Stimmung der CDU nicht stören; Sie hatten ja heute mittag schon die Bescherung.

(Laurenz Meyer [CDU]: Sie haben die Bescherung schon seit Wochen!)

- Wenn ich mir den Laden bei Ihnen angucke, wie Sie sich gegenseitig einen einschütten, finde ich es immer wieder schön, wie Sie sich gegenseitig bescheren. (D)

Also: Die Zwischenbilanz dieser Regierung im Baubereich ist absolut rund und positiv, Herr Kollege Zellnig. Das läßt sich an einigen wenigen Zahlen festmachen. Obwohl wir mit Frau Bruns schon eine tolle Bauministerin hatten, haben wir nach zweieinhalb Jahren dieser Legislaturperiode einen noch besseren Stand. Nie gab es mehr Wohnungen in Nordrhein-Westfalen als heute; nie kamen weniger Köpfe auf eine Wohnung; nie gab es mehr Quadratmeter pro Kopf als 1997. Also: Nie war er so wertvoll wie heute, Herr Kollege.

Ihre Reminiszenzen an Herrn Zöpel und Frau Bruns erinnern mich fatal an einen üblen Spruch aus dem Wilden Westen: Nur tote Indianer sind gute Indianer! Immer der vorherige Bauminister war danach ein guter. Das gilt dann aber wohl nur für NRW. In Bonn scheint es anders zu sein, denn dort ist die Verfallsquote ungeheuer groß. Dort verbrauchen Sie die Minister am laufenden Band,

(Gerd-Peter Wolf [SPD])

- (A) was nicht für die Qualität der Wohnungsbaupolitik der CDU und ihrer Koalition spricht.

Der Ministerpräsident dieses Landes hat in der Regierungserklärung versprochen, daß in diesen fünf Jahren, die wir zusammensein wollen und werden, mindestens 27 000 Wohnungen im Jahr gebaut werden. Im ersten Jahr sind 29 323 öffentlich gefördert worden, im Jahre 1996 28 465; für dieses Jahr gehen wir wiederum von einem ordentlichen Abfluß aus, gehen wiederum von einer Punktlandung aus; und auch für das nächste Jahr stehen ausreichend Mittel bereit, 27 000 Wohnungen öffentlich zu fördern.

Schauen wir uns doch einmal andere Länder an, die Länder, die Sie uns seit Jahren wegen ihrer angeblich intelligenten neuen Fördermethoden vorführen! Die Zahlen dort gehen zurück; die Programme werden nicht erfüllt. Fazit, Herr Kollege Hegemann: Die CDU-Baupolitiker anderer Länder, auf die Sie sich beziehen - Herr Kollege Hegemann, hören Sie einmal zu! -, haben den Elch-Test nicht bestanden. Das ist der Test, den auch Sie nicht bestehen.

(Zurufe von der CDU)

- (B) Und wenn Sie sagen, die Investoren seien verunsichert: Mehr tun als das Programm übererfüllen kann man nicht. Wo soll da irgendwo Verunsicherung sein, Herr Kollege Zellnig?

(Zuruf des Siegfried Zellnig [CDU])

- Ihre Informanten, aha! Nein, das sind Alpträume, Herr Kollege Zellnig, die Sie plagen, Alpträume, die Sie deshalb drücken, weil wir erfolgreich sind und Sie auch im Jahre 2000 wieder einmal als zweiter Sieger durchs Ziel gehen werden.

Das wird so sein, Herr Kollege Zellnig, denn auch die Baugenehmigungsstatistik und die Baufertigstellungsstatistik sprechen für uns. Es sind Zuwächse zu verzeichnen. 1995 gab es 34 282 Baugenehmigungen, in 1996 35 397; und auch in diesem Jahr liegen wir gut. Wenn ich den Mai nehme, so hatten wir 1997 13 825 gegenüber 13 948 im Mai des Vorjahres. Daß die Investoren verunsichert wären, kann man daran nicht ablesen.

Und daß die Eigenheimpolitik hier im Lande falsch wäre, vermag ich auch nicht zu erkennen: in 1995 22 286 Anträge für Einfamilienhäuser, im letzten Jahr 23 827; und auch im Monatsvergleich Mai 1996 mit 8 753 gegenüber Mai 1997

mit 9 787 liegen wir gut. Also alles Alpträume! Träumen Sie weiter oder schlafen Sie wohl! Es macht uns wirklich viel Freude mit Ihnen als Opposition im Baubereich umzugehen.

Daß wir das mit dem Moos nicht hinkriegen, das sieht auf den ersten Blick wirklich so aus. Sie sagten, wir wollten immer eine Mark auf eine Mark tun! - Natürlich, dazu stehen wir auch. Aber das Problem ist: einen Haushalt muß man lesen können.

(Zuruf des Siegfried Zellnig [CDU])

- Ich weiß, daß Sie einen Haushalt lesen können. Und daß Sie rechnen können, das - das habe ich Ihnen schon im Ausschuß gesagt - erkennt man daran, daß Sie keine dicken schwarzen buschigen Augenbrauen haben wie der Finanzminister des Bundes. Aber Sie müssen alle Seiten lesen, um die es geht.

Noch einmal zum System: Der Bund gibt uns Geld, und der Bund zieht Geld raus, weil er sich nämlich die Darlehen, die wir für ihn verausgabt haben, zurückzahlen läßt. Wir als sparsame Landesväter und -mütter lassen es im Pott, im Landeswohnungsbauvermögen; und das ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern ist da, weil wir es über Jahre angespart haben.

Jetzt zu den Bundesmitteln! 1992 haben wir noch 700 Millionen bekommen, im nächsten Jahr 243 Millionen: ein Drittel dessen, was wir einst bekommen haben. Daß das natürlich seine Spuren hinterläßt, ist doch wohl jedem klar, der eins und eins zusammenzählen kann.

Wenn Sie sich den Haushalt genau anschauen, stehen neben der Summe, die Sie gerade genannt haben, noch 450 Millionen DM an Landesbürgschaften für Eigentumsmaßnahmen - das Bürgschaftsmodell - bereit. Das ist Moos!

Und ich sage Ihnen noch eines, Herr Kollege Hegemann, weil Sie mich um ein bißchen Unterhaltung zum Anheizen des Hormonspiegels gebeten haben! Ihre Jungs in Bonn erzählen uns immer: Macht mal was Neues, macht mal einkommensabhängige Förderung, macht mal Bürgschaften. - Machen wir jetzt. Und seit einem Jahr läuft Heinz Schleißer dem Waigel hinterher und erzählt ihm: Junge, ich will jetzt Bürgschaften machen, wie du verlangt hast, wie dein Töpfer es verlangt hat - der ja demnächst aus Nairobi die Bundeswohnungspolitik lenken möchte -, gib' mir jetzt

(Gerd-Peter Wolf [SPD])

- A) doch mal die Rückbürgschaften, wie wir es ja seit Jahrzehnten üblicherweise organisieren!

(Lothar Hegemann [CDU]: Dann kann ich auch Bürgschaften geben!)

Ha, nein, in die hohle Hand geschissen!

(Allgemeine Heiterkeit)

- Entschuldigen Sie bitte, ich nehme das harte Wort "hohle Hand" zurück, Herr Präsident.

Präsident Ulrich Schmidt: Das war zwar unparlamentarisch, aber jetzt sind alle wach.

Gerd-Peter Wolf (SPD): Herr Präsident, ich nehme dieses Bild des Volkes aus dem Ruhrgebiet mit Bedauern und Entsetzen zurück. "Wir haben einfach nix gekriegt", wollte ich sagen, und zwar obwohl es von euch gefordert und angekündigt war. Tolle Politik! - Herr Kollege Zellnig, so sieht die Wirklichkeit aus, die ein bißchen bunter und farbiger aussieht, als Sie meinen.

Jetzt komme ich zum Preistreiber.

(Abgeordneter Wolf wendet sich dem Abgeordneten Zellnig [CDU] zu.)

- B) Da sitzt er, der Preistreiber! - In Ihrer Brust schlagen zwei Herzen: Als Geschäftsführer einer Wohnungsgesellschaft haben Sie immer gesagt: Es ist sozial ungerecht, daß die neuen Wohnungen so teuer sind. Die jungen Leute haben nicht so viel Geld. Und in den alten Wohnungen sitzen die Eltern, die ein gutes Einkommen haben. Laßt doch die Gesellschaften die Mieten erhöhen und das Geld kassieren, damit Wohnungen gebaut werden können. - So war die Position der Wohnungswirtschaft.

Wir haben gesagt, daß diese Position richtig ist, aber wir das machen sollten, die wir auch die Darlehen zur Verfügung gestellt haben, damit diese Wohnungen gebaut werden können. Wir wollten das Geld für den Neubau von Wohnungen geben, weil wir dann wissen, daß es auch wirklich bei denen ankommt, die es brauchen. Das ist keine Preistreiberei, sondern vernünftige Politik.

Sie beklagen mit Krokodilstränen, daß Bindungen entfallen. In allen Programmen, die Sie uns vorgelegt haben, war immer von 50 000 Wohnungen die Rede, die Sie mit gleichem Geldaufwand bauen könnten. Aber das ging nur, weil Sie mit ganz kurzen Bindungen operiert hatten, die sogar

noch kürzer sind als die Verwirkungsfristen, die der Minister verursacht hat. (C)

Da wir gerade von den Krokodilstränen und Wasserzählern reden: Die Diskussion ist natürlich spannend, und ich bin mir noch nicht ganz schlüssig, was ich davon halten soll. Ich sehe dort auch ein Stückchen Preistreiberei.

Aber Sie wissen doch, daß die Länderparlamente vom Petitionsausschuß des Bundestages - mit den Stimmen von CDU und F.D.P. - aufgefordert worden sind, in der Novellierung der Bauordnung dafür zu sorgen, daß endlich mehr Gerechtigkeit herrscht und Zähler in den Altbestand kommen. Ein wenig sind Krokodilstränen schon dabei. Man muß an diese Sache wirklich mit Augenmaß herangehen: Dort, wo wenig verbraucht wird, ist ein neuer Zähler inklusive der Gebühren, die er verursacht, wahrscheinlich teurer als das, was man einsparen könnte, wenn man keinen Zähler einbaut.

Ich kenne in dieser Hinsicht aber unseren Minister, der für Übergangsfristen und flexible Lösungen immer ein offenes Herz hat, so daß wir, wenn wir die Landesbauordnung ändern, auch an diesem Punkt vernünftige Wege finden werden.

Fazit: Bisher hatten wir zweieinhalb gute Jahre rot-grüner Wohnungspolitik auf einem guten Fundament, das Frau Brusis gelegt hat und auf dem wir haben aufbauen konnten. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den von Ihnen im Lande beklagten Fehlbestand von 500 000 Wohnungen gehabt. Wir sind jetzt - testiert durch die Wfa - bei 300 000 Wohnungen. Damit haben wir den Fehlbedarf deutlich abbauen können und befinden uns auf einem guten Wege. Wir werden auf diesem Wege weitermachen. Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter. Das ist ein Bild aus dem Orient, das mir heute, in dieser vorweihnachtlichen Stimmung, als einem der Heiligen Drei Könige gut gefallen würde. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Kollege Wolf. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Kollegin Tarner.

Hedwig Tarner (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehen wir uns einmal im Lan-

(Hedwig Tarner [GRÜNE])

- (A) de um, und zwar besonders die Wohnungspolitik, dann entdecken wir die vielen faulen Früchte, die uns die Kohl-Regierung auch in NRW beschert hat: Kürzung bei den Mittelzuweisungen, nach sechs Jahren immer noch die Ankündigung, aber nicht die Umsetzung einer Novellierung des Wohngeldgesetzes!

Die Entwicklung in unserer Gesellschaft läuft immer mehr darauf hinaus, daß wir zwei weit voneinander entfernt liegende Pole haben. So verhält es sich auch bei der Wohnraumversorgung. Dabei geht es zum einen um die Gruppe derjenigen, die über genügend Einkommen verfügt, sei es, daß sie eine gutbezahlte Arbeit haben, sei es - das kommt immer häufiger vor - daß sie über Vermögen verfügen. Für diese Menschen ist dieser Teil der Haushaltsberatungen eigentlich nicht vonnöten. Sie sind nicht auf staatliche Hilfen angewiesen.

Daß sie für Wohnungsbau trotzdem gerne staatliche Mittel nutzen, erkennt man an der guten Akzeptanz von Sonderabschreibungen für die fünf neuen Länder. Diese Sonderabschreibungen haben jedoch auch auf unseren Haushalt Auswirkungen; denn auch der Einzelplan 14 hat keine zusätzlichen Mittel gegenüber 1997 bekommen, er wird überrollt.

- (B) Unsere Aufgabe als Wohnungspolitikern ist es, angemessenen Wohnraum für Menschen zu schaffen, die dies ohne öffentliche Hilfe nur unzureichend könnten. Menschen mit hohen Einkommen können mittlerweile wieder zwischen verschiedenen Angeboten wählen. Die Preise für Luxuswohnungen sind gesunken, und es gibt dort auch Leerstände.

Bei den Menschen auf der anderen Seite der Sozialskala sieht es aber völlig anders aus: Die Zahl der Menschen, die obdachlos sind oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, steigt. Kinder wachsen in Notunterkünften auf, was vor allen Dingen gesundheitsschädigende Folgen hat.

Ich begrüße es, daß im Rahmen der Haushaltsberatungen die Mittel für die Menschen in diesen Notsituationen aufgestockt worden sind. Hier müssen Sozial- und Wohnungsbaupolitik Hand in Hand arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichwohl gibt es nach wie vor ein erhebliches Defizit an preiswertem Wohnraum. Es sind besonders kinderreiche Familien, Alleinerziehende,

Ausländer und Arbeitslose, die große Probleme haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir müssen noch intensiver nach den richtigen Instrumenten suchen, um die hilfsbedürftigen Haushalte mit Sozialwohnungen zu versorgen. Mit Neubau alleine können wir diese Probleme nicht lösen. Wir müssen verstärkt im Wohnungsbestand aktiv werden, dort Besetzungs- und Belegungsrechte erwerben. An diesem Punkt gebe ich Ihnen recht, Herr Zellnig.

In der Koalitionsvereinbarung ist das Ziel festgelegt worden, daß wir mit einem jährlich geförderten Wohnungsbau von 27 000 Wohneinheiten die Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen bekämpfen wollen. Mit den im Haushalt bereitgestellten Mitteln ist dieses Ziel erreichbar, aber es wird schwierig sein.

Heftige Diskussionen und zum Teil unsachliche Polemik haben die Einführung der neuen Standards der Wohnungsbauförderung begleitet. Für uns sind vier Änderungen der Wohnungsbaubestimmungen wichtig: Zum ersten der Niedrigenergiehausstandard. Wir sind das erste Land, das diesen Standard verbindlich einführt. Mit der Einführung des Niedrigenergiehausstandards werden die Baukosten nicht erhöht. Es entstehen keine zusätzlich zu bezuschussenden Kosten. Aber in den Wohnungen und Häusern wird weniger Energie verbraucht, ohne daß die Wohnqualität abnimmt. Hierdurch wird die Umweltbelastung zurückgeführt, und die Mieter im sozialen Wohnungsbau werden bei den Nebenkosten als zweiter Mieter erheblich entlastet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Niedrigenergiehausstandard verbindet vorbildlich Ökologie und Sozialpolitik.

Zweitens. Barrierefreies Bauen: Wir streben an, daß die öffentlich geförderten Wohnungen für alle Menschen - auch für Menschen mit Behinderungen - bewohnbar sind. Barrierefreie Wohnungen ermöglichen ein selbständiges Leben für den einzelnen und damit eine Entlastung der öffentlichen Hand im Sozialbereich.

Drittens. Flächensparendes Bauen: Für diese Regelung mußte ich als Abgeordnete des ländlichen Raums durch so manches kommunale Sperrfeuer laufen. Hier zeigt sich aber, daß die Kommunalverwaltungen und vor allen Dingen die Ratspolitikerinnen von der CDU vor den landespolitischen Karren gespannt wurden - wissentlich oder unwissentlich.

(Hedwig Tarner [GRÜNE])

- A) Ein Baugrundstück für ein Einfamilienhaus in der Größe von 400 qm ist keine Stigmatisierung der zukünftigen Bewohner. Erst durch die öffentliche Brandmarkung der CDU-Abgeordneten wird ein Problem erzeugt, und zwar zu Lasten der Menschen mit geringem Einkommen. Sie fangen mit Ihrem Bundestagswahlkampf auf dem Rücken der Familien an, die da bauen wollen. Auch in den kleinen Orten im Land sind in allen Baugebieten Grundstücke in dieser Größe vorhanden oder könnten ausgewiesen werden - seien es freistehende Einfamilienhäuser oder Doppelhäuser. Gerade diese Regelungen mit dem flächensparenden Bauen sind in den Wohnbauförderungsbestimmungen seit zwei Jahren angekündigt worden und hatten einen zweijährigen Vorlauf. Sie hätten also relativ einfach umgesetzt werden können. Im übrigen wird auch im frei finanzierten Wohnungsbau auf Grundstücken von weit unter 400 qm pro Haus gebaut. Es geht also.

Landesdarlehen sollen Familien helfen, sich ein Haus zu bauen, und zwar den Familien, die ohne diese Zuschüsse finanziell nicht klar kämen. Die Zuschüsse sollen nicht dazu führen, daß die Häuser eine Nummer größer gebaut werden, sondern sie haben den Zweck, daß die Familien ein Zuhause bekommen.

- B) Viertens. Mietwohnungsbau an Schienenpersonennahverkehrsstandorten: Mit dieser Kopplung der Siedlungsentwicklung an umweltverträgliche Verkehrsmittel geht Nordrhein-Westfalen in die richtige Richtung. Dem Schienenverkehr werden Kunden zugeführt, und den Bewohnern der Siedlungen werden kostengünstige Alternativen zum Auto aufgezeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum ersten Mal versuchen wir in diesem Jahr mit dem Bürgerschaftsmodell, Familien zum früheren Bauen zu verhelfen, indem das Land einen Teil der Verantwortung übernimmt. Hier bedienen wir eine neue Gruppe von Bauwilligen.

Insgesamt ist die Wohnungsbauförderung auf einem zukunftsgerichteten Weg. Weiter so, Herr Bauminister!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zum REN-Programm: Durch die Breitenförderung im REN-Programm sind in dieser Legislaturperiode bisher bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. NRW fördert die meisten regenerativen Energieanlagen in der Bundesrepublik. Unsere Förderung wird so gut angenommen, daß die fi-

nanziellen Mittel nicht ausreichen und mehr Anträge vorliegen, als bewilligt werden können. Durch die Förderung rechnet sich für Hauseigentümer der Einbau von Solar- und Photovoltaikanlagen. Gerade im Bereich der Windkraftanlagen hat durch die Breitenförderung der Absatz so stark zugenommen, daß die Produktionsweisen effizienter geworden sind und somit die Herstellung kostengünstiger geworden ist.

Mit der Förderung von nachwachsenden Energien entlasten wir unsere Umwelt. Die verbalen Bekenntnisse von Rio und Kyoto werden in NRW umgesetzt. Auch der Arbeitsmarkt profitiert von diesem Programm. Es entstehen hochwertige Arbeitsplätze in der Produktion, so zum Beispiel in der Photovoltaikanlage in Gelsenkirchen. Auch ein Windkraftanlagenhersteller siedelt sich in NRW an.

Ich begrüße diese wirksame Umweltpolitik gepaart mit zukunftsweisender Wirtschaftspolitik des Landes. Dieser Haushaltsentwurf findet unsere volle Zustimmung. Wir freuen uns auf das nächste Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollegin Tarner. - Das Wort hat der Minister für Bauen und Wohnen, Herr Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper, Minister für Bauen und Wohnen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zellnig, daß ich Ihren Bewertungen nicht viel abgewinnen kann und sie in aller Regel aus sachlichen Gründen auch zurückweisen muß, wird Sie nicht überraschen. Aber für eine Bewertung möchte ich mich doch herzlich bedanken, weil sie für mich einiges leichter macht, nämlich die, daß ich ein Fundi bin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben es endlich enthüllt. Das macht mir in der innerparteilichen Diskussion vielleicht manches leichter. Ich bin Ihnen darum dankbar. Bitte verkünden Sie es laut, nicht nur vor diesem Publikum, sondern vielleicht können Sie auch für weite Verbreitung sorgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hätte mich allerdings gefreut, wenn Sie neben diesen Anmerkungen einfach einmal darauf hingewiesen

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) hätten, Herr Zellnig - das sollten Sie als Geschäftsführer eines Wohnungsunternehmens auch wissen -, daß es in Zeiten wie diesen schon eine Leistung ist, ein Wohnungsbauprogramm von 27 000 Wohnungen und knapp 3 Milliarden DM an Mitteln zu halten. Das ist in der Tat einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland. Ich hätte es gut gefunden, wenn auch Sie das hier einmal anerkannt hätten.

Wenn man sich nämlich dieses Jahr 1997 einmal vergegenwärtigt, so war das für die Wohnungspolitik insgesamt durchaus ein turbulentes Jahr. Die Bundesregierung hatte auf diesem Gebiet gleich drei Reformen versprochen: eine Reform des sozialen Wohnungsbaus, eine Wohngeldnovelle und eine Mietrechtsreform. Kein einziges dieser drei angekündigten und vielfach versprochenen Reformvorhaben ist in die Hufe gekommen.

Bei der Reform des sozialen Wohnungsbaus - mit dem Erbe wird sich jetzt Herr Oswald beschäftigen dürfen - ging es dem Bund letztlich darum, eine Lastenverteilung zu Lasten der Kommunen und der Länder zu organisieren, damit er selbst sich daraus bereichern kann. Da machen wir nicht mit. Da stehen die A-Länder wie eine eins, und auch die B-Länder sind keineswegs glücklich über dieses Vorhaben der Bundesregierung.

(B)

Was die Wohngeldnovelle angeht, so hat Herr Töpfer dabei seinem Ruf als Ankündigungsminister wirklich alle Ehre gemacht. Er hat seine dreijährige Amtszeit mit ständig wiederholten Ankündigungen zugebracht, daß es eine solche Wohngeldnovelle geben werde. Sie ist bis heute nicht auf dem Tisch. Bis heute gibt es keinerlei Vorstellungen der Bundesregierung, wie dieses sozialpolitisch so wichtige Vorhaben in die Tat umgesetzt werden könnte. Wir müssen sehen, daß Jahr für Jahr allein in Nordrhein-Westfalen 35 000 Haushalte zusätzlich aus dem Tabellenwohngeld herausfallen, weil sich die Lebenshaltungskosten und die Mieten erhöhen und darum die Haushalte bei nicht angepaßten Sätzen automatisch herausfallen.

Und wenn ich erst an die Vereinfachung des Mietrechts denke! Da hat wirklich der Schwanz mit dem Hund gewedelt. Die F.D.P. hat verhindert, daß die Mietrechtsreform, die von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingeleitet wurde, umgesetzt werden konnte. Die Bundesregierung hat dabei offenbar nach der Devise gehandelt: Lieber noch eine versprochene Reform weglassen,

als mit einer weiteren Reform steckenbleiben!

(C)

Herr Zellnig, Sie haben mir vorgeworfen, wir würden die 1 : 1-Finanzierung in der Wohnungsbauförderung nicht halten. Ich will Ihnen einmal an konkreten Zahlen deutlich machen, wie die Verhältnisse wirklich sind. In der Tat zahlt der Bund im Jahr 1998 Barleistungen in Höhe von rund 530 Millionen DM an das Land. Das sind zum großen Teil Verpflichtungen aus den Vorjahren. Der Bund bekommt aber gleichzeitig aus unserem Landeshaushalt 364 Millionen DM für fällige Darlehen zurück. Der Saldo liegt also bei etwa 166 Millionen, die der Bund für den Wohnungsbau in diesem Land an Barmitteln netto aufwendet. Und was tut das Land? Das Land zahlt nicht nur die 364 Millionen DM an den Bund zurück, sondern es zahlt zusätzlich Barleistungen in Höhe von 467 Millionen DM, was unter dem Strich eine Zahlung durch das Land von 831 Millionen DM bedeutet. Deshalb sage ich, daß wir sogar heute noch allein an Barmitteln fünfmal soviel Geld in den Wohnungsbau stecken wie der Bund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist wirklich eine bemerkenswerte Zahl, die auch von der Opposition hier einmal gelobt werden könnte.

(C)

Aber auch wenn man sich das Wohnungsbauprogramm insgesamt ansieht und den Verpflichtungsrahmen einbezieht, dann wird man feststellen, daß wir von den 2,9 Milliarden DM, die es umfaßt, 2,2 Milliarden DM aus dem Landeswohnungsbauvermögen bekommen, zusätzlich zu den Barmitteln und Verpflichtungsermächtigungen des Landes, so daß sich auch hier der Anteil des Bundes von 243 Millionen auf mittlerweile deutlich unter 10 % reduziert hat. Und da muß man einmal sagen: Jemand, der zum Wohnungsbau unter 10 % beiträgt, der sollte gar nicht erst den Anspruch haben - wie der Bund das im Moment durchzusetzen versucht -, 100 % der Regeln aufzustellen und zu entscheiden, in welchen Förderwegen das Land seine Wohnungsbauittel einsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Herr Zellnig, ich hätte mich gefreut, wenn Sie auch ein wenig dargestellt hätten, welche neuen qualitativen Ansprüche an den Wohnungsbau wir mit dem Ziel gestellt haben, damit auch Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik und Wirt-

(Minister Dr. Michael Vesper)

- A) schaftsförderpolitik zu verbinden. Deshalb bin ich Frau Tarner sehr dankbar, daß sie die Stichworte genannt hat, etwa den Niedrigenergiehausstandard. Ich finde es toll, daß hier der soziale Wohnungsbau zum Trendsetter für den gesamten Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen geworden ist. Wir stecken keine Mark mehr in die öffentliche Wohnungsbauförderung, wenn nicht der Niedrigenergiehausstandard eingehalten wird. Meine Damen und Herren, das setzt neue Maßstäbe auch für den freifinanzierten Wohnungsbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die anderen Stichworte hat Frau Tarner genannt. Ich will sie darum nicht weiter beleuchten, aber noch einige andere Punkte ansprechen.

Ich nenne die Zukunftsinitiative Bau. Die Bauwirtschaft ist in der Tat angesichts der Auftragslage und aufgrund struktureller Probleme in einer schwierigen Lage. Darum ist es ja gerade so wichtig, unsere Wohnungsbaupolitik zu verstetigen, wie wir es tun, weil nichts falscher wäre, als jetzt eine "Schweinezykluspolitik" zu fahren und uns prozyklisch zu verhalten. Darum freue ich mich, daß es gelungen ist, für diesen Bereich zusätzlich 5 Millionen DM einzusetzen, um zusammen mit den Wirtschaftsverbänden und Handwerkskammern eine Zukunftsinitiative Bau einzuleiten, um die Bauwirtschaft für die Zukunft fit zu machen.

- B) Ich freue mich ganz besonders, daß es gelungen ist, auch das REN-Programm trotz knapper Kassen in der Breitenförderung noch einmal um fast 10 %, nämlich 4 Millionen DM, aufzustocken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, es ist eine gute Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten gewesen, die Zusammenarbeit zwischen Bauministerium und Wirtschaftsministerium an diesem Punkt zu fördern: hier die Demonstrationsförderung, dort die Breitenförderung, weil wir auf diese Weise mit dazu beitragen, daß sich Hersteller in Nordrhein-Westfalen niederlassen. Wir haben nicht nur die Solarfabrik, die schon angesprochen wurde, sondern wir haben in Nordrhein-Westfalen auch wieder einen Windkraftanlagenhersteller, und das ganz eindeutig deshalb, weil hier die Nachfrage liegt, und sie liegt hier, weil wir eine sehr effiziente Förderung haben.

Ich will auch das Stichwort "Contracting" erwähnen. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Abgeordneten aller Fraktionen bedanken, daß wir für

- dieses Thema breiten politischen Rückhalt finden. (C) Erstmals sieht der Haushalt die Einrichtung eines revolving Fonds in Höhe von 10 Millionen DM vor, mit dem wir energiesparende Maßnahmen im Bereich der landeseigenen Liegenschaften dauerhaft finanzieren werden. Damit schließen wir ein neues Betätigungsfeld auch für Private auf.

Ich will nur zwei Beispiele nennen. Die Sporthochschule Köln - einen Energiefresser - und auch den Krankenhauspark in Bonn werden wir ohne Einsatz öffentlicher Mittel energetisch so nachrüsten, daß hier auf Dauer massenhaft Energie eingespart werden kann. Wir entlasten damit den Landeshaushalt, sorgen aber gleichzeitig für die notwendigen Investitionen im Energiebereich. Und das ist ein Markt mit Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will auch die staatliche Bauverwaltung nicht unerwähnt lassen. Ich werte es als einen großen Erfolg, daß wir die Ansätze im Bereich der Bauunterhaltung und der kleinen Baumaßnahmen 1998 unverändert überrollen konnten. Das ist zugleich ein wichtiger Beitrag des Landes zur Stabilisierung der Investitionsquote des Landeshaushalts. Es ist uns gelungen, das Sonderprogramm zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen für bestehende und in Bau befindliche Landesgebäude mit einem Volumen von 15 Millionen DM auszustatten, so daß wir auch auf Landesbauten die erneuerbaren Energieträger verstärkt einsetzen werden.

(D)

Im übrigen, meine Damen und Herren, hat die staatliche Bauverwaltung in den vergangenen Jahren einen ganz wesentlichen Beitrag dazu geleistet, auch Personalkosten zu reduzieren. Wir haben es auf der Grundlage einer Organisationsuntersuchung geschafft, insgesamt bereits 800 Stellen sozialverträglich abzubauen angesichts zurückgehender Aufgaben und infolge des Einsatzes auch Privater in diesem Bereich. Ich glaube, das ist ein sehr guter Beitrag zu der Reduzierung von Personalkosten im Landeshaushalt.

Nicht zuletzt will ich das Bürgschaftsmodell erwähnen. Herr Wolf hat dazu schon einige Ausführungen gemacht. Es ist immerhin gelungen, die Bürgschaftssumme von 50 Millionen DM auf 450 Millionen DM anzuheben, so daß wir jetzt endlich mit diesem neuen Förderinstrumentarium arbeiten können.

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Insgesamt, meine Damen und Herren, sind das in schwieriger Zeit alles ermutigende Zeichen und ermutigende Ansätze für eine Bau- und Wohnungsbaupolitik, die nach vorne weist. Darum danke ich dem Parlament, daß es diesen Haushalt - so hoffe ich jedenfalls - in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung annimmt. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Vesper. - Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan 14 habe ich nicht. Ich **schließe die Beratung.**

Wir stimmen nun ab über den **Einzelplan 14** in der Form der Ihnen vorliegenden **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2614**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 14 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **akzeptiert.**

Ich rufe auf

(B) **Gemeindefinanzierungsgesetz 1998**

Ich verweise erstens auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/2684 (Neudruck) und zweitens auf die Beschlußempfehlung 12/2617.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile das Wort dem Abgeordneten Leifert für die Fraktion der CDU.

Albert Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 nach den Veränderungen durch die vom Kabinett beschlossene Ergänzungsvorlage muß vor dem Hintergrund der tatsächlichen finanziellen Lage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen betrachtet werden.

Ist die finanzielle Lage der Kommunen so, daß das Land ihnen weitere Lasten aufbürden kann? Ist die finanzielle Lage der Kommunen so, daß das Land ihnen neue beziehungsweise veränderte Aufgaben ohne zusätzliche Finanzmittel auferlegen kann wie bei dem Gesetz über den öffentli-

chen Gesundheitsdienst? Ist die finanzielle Lage der Kommunen so, daß das Land weiter Landesaufgaben von den Städten und Gemeinden erfüllen und zahlen lassen kann wie bei der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylbewerbern? Ist die finanzielle Lage der Kommunen so, daß das Land die weitere Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Bosnienflüchtlinge ab dem 1. Januar 1998 ohne jede Kostenerstattung zulassen kann?

Meine Damen und Herren, nein, die finanzielle Lage der Kommunen ist nicht so. Die finanzielle Lage der Kommunen ist unbestreitbar äußerst schwierig.

Die kommunalen Sünden der Vergangenheit holen die Landesregierung ein.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Sünden der Bundesregierung!)

Die Kürzung des Verbundsatzes von 28,5 auf 23,0 v. H., die Streichung des Anteils der Kommunen an der Gewerbesteuerumlage und an der Kfz-Steuer - im übrigen: Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland, in dem die Kommunen an der Kfz-Steuer nicht beteiligt sind - haben Landesregierung und rote beziehungsweise rot-grüne Mehrheiten in diesem Hause zu verantworten.

Das Land hat die Kommunen in der Vergangenheit eben nicht für schwierige Steuereinnahmzeiten gewappnet, sondern sie zugunsten der Landeskasse an den Rand des finanziellen Abgrunds manövriert. Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden ist katastrophal. Wer will das denn bestreiten?

135 Städte und Gemeinden - mehr als ein Drittel - müssen ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, stehen unter der Kuratel der Kommunalaufsicht, können kommunale Selbstverwaltung faktisch nicht mehr durchführen.

Darüber hinaus können viele Städte und Gemeinden nur durch Veräußerung von Immobilien und anderen Vermögensteilen ihren Haushalt ausgleichen. 60 % der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen weisen so in 1997 keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf. Der Anteil wird in 1998 weiter steigen.

Investitionen werden zusammengestrichen, weil auch bei hohen Zweckzuweisungen die kommunalen Eigenanteile und vor allem die Folgekosten der Investitionsprojekte kaum noch erbracht werden können. Öffentliche Gebäude und Einrichtun-